



Superprofite des Flughafens Wo bleibt das Umland?

Auf Rhein-Main werden zur Zeit Supergewinne in die Scheunen gefahren. Die FAG hat gewaltige Investitions-Pläne. Neben dem Airport-Center ist ein neues Parkhaus geplant, ein neues 500 Betten-Hotel soll entstehen und, wie aus der Landeshauptstadt zu erfahren war, soll der Flugsteig A verdoppelt und der Flugsteig C erweitert werden. Überall sind Umbauten vorgesehen. Sogar das Tanklager soll verlegt werden. Entsprechend hochfliegend sind wieder einmal die Arbeitsplatz-

prognosen. So sollen in den nächsten 10 Jahren 12.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

Diese Ausbaupläne sind für das Umland nicht unproblematisch.

Das Straßenverkehrsaufkommen wächst, die Umweltbelastung nimmt zu, es entstehen neue Anforderungen für die Infrastruktur der anliegenden Kommunen.

Umso notwendiger ist es, entschieden über Umlandabgaben nachzudenken. Die Kommunen in der Nachbarschaft sollten bis zur nächsten Sitzung des FAG-Aufsichtsrates ihre Forderungen stellen.

Wir erwarten von unserer Stadt, daß sie sich umgehend über alle Ausbaupläne des Flughafens informiert und die Bevölkerung über die FAG-Pläne informiert.

Ausbau der US-Air-Base?

Nach Plänen, die mit Wiesbaden und Bonn abgestimmt seien, soll die amerikanische Siedlung „Gate way Garden“ abgerissen werden, damit dort Büroflächen erstellt werden können.

Wie die DKP in Wiesbaden erfahren konnte, sollen die Amerikaner in neue Wohnungen, die auf der Air Base entstehen sollen, umziehen. Da für diese Neubauten größerer Platzbedarf besteht, kann man annehmen, daß der vorgesehene Waldtausch, über den es z. Zt. offenbar keine neuen Informationen gibt, damit in Zusammenhang steht.



Das Evangelische Gemeindezentrum in der Klingler-Straße war Schauplatz eines großen Festes. Anlaß war das 10jährige Bestehen des Hauses. In und um das Zentrum feierte man jetzt mit Filmen, Dias, Theaterstücken, Musik und Gesang. An zahlreichen Ständen konnte man Fotos aus der Arbeit der vergangenen Jahre des Gemeindezentrums betrachten, an lustigen Spielen teilnehmen, Dritte-Welt-Produkte erwerben oder sich bei allerlei internationalen kulinarischen Köstlichkeiten stärken.

Einer der Höhepunkte war der Auftritt der spanischen Kindertanzgruppe auf der Freilichtbühne, der bei den zahlreichen Besuchern anhaltenden Beifall herausforderte.

Brüssel: Trauer und Wut

Die Tragödie im Stadion von Brüssel liegt Wochen zurück. Die Trauer und Wut bleibt. 41 Menschen mußten sterben, Hunderte wurden verletzt – nicht nur die Welt des Fußballs ist erschüttert, verfolgte das Grauen live vor den Bildschirmen.

Wir sind bestürzt über eine Katastrophe, die sich jederzeit vor unserer eigenen Haustür wiederholen kann: Tote in langen Reihen, Fußballfreunde, die ein packendes Spiel erleben wollten. Um sie trauern ihre Angehörigen, und wir fühlen mit ihnen.

Nichts zu tun haben wir dagegen mit denjenigen, die die Schuld tragen. Es sind die Herrschaften, die Fußball als Millionenpoker betrachten, sie nennen Fußball „Ventil“ – Ventil zum Luftablassen für den ganzen Ärger des Alltags. In Betrieb und Schule, auf dem Arbeitsamt oder beim Sozialamt. Da packt Millionen Menschen die kalte Wut, wenn sie ungerecht behandelt werden, wenn ihre Kinder keine Lehrstellen finden – in Liverpool sind 80 Prozent aller jungen Menschen arbeits- und hoffnungslos. Ihre Zukunft wird von Arbeitsplatzvernichtern zerstört – ihre Zukunft können sie nicht auf dem Fußballplatz nachholen. Das einzig richtige „Ventil“ für die Betroffenen – so Bobby Charlton, den wir alle als hervorragenden Sportler aus dem legendären WM-Endspiel von 1966 kennen – sind Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Brutalität inner- und außerhalb von Stadien, Alkoholismus, Kriminalität



Meisterschaftsfeier bei den Mörfelder Fußballern. Gerd Schulmeyer überbrachte die Glückwünsche der Deutschen Kommunistischen Partei (unser Bild).

in wachsenden Ausmaßen haben Ursachen. Keiner, ob Fußball-Fan oder nicht, kommt mit ihnen auf die Welt. Wer aber keine Lehrstelle und keinen Arbeitsplatz erhält, in der Schule gnadenlosen Konkurrenzdruck erfahren muß, im Betrieb unter Arbeits- und Leistungsdruck gesetzt wird, wer hoffnungslos einer perspektivlosen Zukunft entgegensehen muß, der wird geradezu hineingestoßen in die Szene der Gewalt.

Soziales Elend produziert diese Gesellschaft in großem Stil. Steigende Arbeitslosenzahlen, die „neue Armut“ – in England hat diese Entwicklung schon zur Bildung riesiger Slums in Arbeiterwohngebieten geführt.

Auf dieser Basis gedeihen nicht nur Alkoholismus und Kriminalität. Hier haben neonazistische Gruppen ein Betätigungsfeld gesucht und gefunden.

Wir meinen: An diesem Punkt setzt die Verantwortung der Vereine, die Verantwortung des Staates ein. Die Fragen liegen offen auf der Hand: Warum wird nichts gegen Neonazis getan? Zur Erinnerung: Auf dem Münchner Oktoberfest zerfetzte eine Bombe der Neonazis 13 Menschen. Die Schuldigen wurden nicht behelligt.

Sport muß wieder Sport werden – deswegen haben wir auch nichts mit denen zu tun, die aus den Brüsseler Ereignissen eine Kriegsberichterstattung machen. „Die Engländer haben uns abgeschlachtet“, schreibt „Bild“ blutrünstig und menschenverachtend wie immer. Zimmermann, der Innenminister, der einst einen Meineid geschworen hat, will mehr Staat, mehr Polizei, will Grundrechte einschränken. Diese Herren der Bonner Rechtsregierung schlagen aus den Toten von Brüssel Kapital: Erst kürzen sie Renten, nehmen Sozialleistungen, treiben Millionen in die Armut – und jetzt wollen sie das Demonstrationsrecht einschränken. Damit wir uns schlechter gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit wehren können.

Mit diesen Herrschaften in Regierungs- und Zeitungsetagen haben wir nichts gemein. Mit den Fußballfreunden in aller Welt alles. Deshalb erfüllt uns Trauer und Wut.



Mit 1,94 m ist Torwart Frank Hofmann größter Spieler der SKV. 1,14 m mißt der kleinste Spieler Jan Treber, aus der F 2-Jugend der Blau-Weißen (aufgenommen beim Neujahrsturnier in Walldorf). Egal ob große oder kleine Fußballer, Grund hatten in diesen Tagen alle Spieler und Freunde der SKV. 2 Tage feierte man im Waldstadion die Meisterschaft und den damit verbundenen Aufstieg. Mußte man in der vergangenen Saison noch um den Klassenerhalt bangen, schaffte man jetzt nach 10 Jahren Bezirksligaaufenthalt den Sprung in die Landesliga. Auch die Reserveelf der SKV sicherte sich mit einem Sieg im letzten Spiel den Meistertitel. Grund genug zum Feiern.

Ausbildungszentrum

Vor wenigen Wochen besichtigten Parlamentarier unserer Stadt die Maschinenfabrik Pittler in Langen. Der Grund, man wollte sich über das „Pittler-Modell“ eines überregionalen Ausbildungszentrums informieren.

Die Diskussion um dieses Ausbildungszentrum und damit einhergehend eine Beteiligung unserer Stadt daran, wurde schon im vergangenen Jahr geführt. Ein Antrag der ehemaligen DKP-Fraktion zum Haushalt 1985 beauftragte den Magistrat unserer Stadt, ein überbetriebliches Ausbildungszentrum zu errichten. Vorgeschlagen haben wir als Übergangslösung eine kommunale Beteiligung am Ausbildungszentrum der Maschinenfabrik Pittler.

Im Prinzip halten wir eine Beteiligung an diesem Ausbildungs-Modell für möglich, aber wir sehen auch eine Rei-

he von Problemen, die vorher gelöst werden müßten.

So ist z.B. nicht zu akzeptieren, daß die Firma Pittler, die in der Vergangenheit schon des öfteren vor dem finanziellen Ruin stand, in diesem Ausbildungsverbund mit einer Aktienmehrheit weiterhin „das Sagen“ haben soll. Es wird sicherlich von Bedeutung sein, daß die umliegenden Kommunen, die sich an diesem Modell beteiligen werden, durch Mitbestimmung ihren Einfluß auf die Ausbildung und was damit zusammenhängt, sichern. Wenn, schon kommunales Geld investiert wird, dann müssen auch diese Kommunen mit den Gewerkschaften entsprechend mitreden dürfen. Es darf nicht zugelassen werden, daß sich Betriebe mit öffentlichen Geldern auch noch gesund stoßen.

Wir halten es auch für wichtig, daß die angebotenen Berufsbilder überprüft werden, die zum Teil im Pittler'schen Ausbildungszentrum „veraltet“ sind.

Die Ausbildung muß so sein, daß die Ausgebildeten in ihren Berufen in Zukunft auch eine Perspektive haben.

Auch in diesem Bereich muß die Mitbestimmung durch die Gewerkschaften und die beteiligten Kommunen gesichert werden.

Bevor sich unsere Stadt an einem solchen Modell finanziell beteiligt, müssen solche Fragen, die uns sehr wichtig erscheinen, geklärt werden.

In Anbetracht einer Massenarbeitslosigkeit in unserem Land, von der besonders die Jugend betroffen ist, sind wir der Meinung, daß dieses Modell eine Übergangslösung sein kann.

Aber wir sind auch der Meinung, daß dies nicht die Forderung nach einem überbetrieblichen Ausbildungszentrum in unserer Stadt aufhebt.

Friedl Küspert

Unser „blickpunkt“-Tip

Liebe „blickpunkt“-Leser! Mit dieser Ausgabe wollen wir den bp-Tip zu einem regelmäßigen Bestandteil der Stadtzeitung machen. Wenn man ihn ausschneidet, paßt er genau auf eine Karteikarte, eignet sich also hervorragend zum Abheften und Sammeln.

Gleichzeitig wollen wir alle „blickpunkt“-Leser herzlich um ihre Mithilfe bitten. Denn sicher sind in den Reihen unserer Leser viele Fachleute, die aus ihrem Bereich und ihren Erfahrungen heraus wichtige Tips beisteuern können. Oder schreibt uns, welche Fragen und Probleme ihr habt. Wir werden uns bemühen, dazu Tips zu geben, denn sicher haben auch andere Leute ähnliche Probleme.

Wir hoffen, daß wir gemeinsam mit unseren Lesern diese Rubrik so entwickeln können, daß sie vielen Menschen Lebenshilfe gibt.

der
bp
tip

Ausschneiden
und
sammeln!

Urlaub für Arbeitslose

Habe ich als Arbeitsloser Recht auf „bezahlten“ Urlaub, Anspruch auf Arbeitslosengeld? Eine Frage, die sich gerade jetzt für Tausende Arbeitslose stellt.

Das Bundesarbeitsgericht sagt: Jawohl, auch der Arbeitslose hat ein Recht auf „bezahlten“ Urlaub. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wird durch Urlaub nicht unterbrochen.

Grundsätzlich muß der Arbeitslose zum Zweck der Arbeitsvermittlung für das Arbeitsamt zwar täglich zu erreichen sein. Diese Bedingung ist natürlich bei manchen Urlaubsorten nicht gegeben. Unzumutbar wäre es, von einem Arbeitslosen den Abbruch des Urlaubs zum

Zweck einer Arbeitsvermittlung zu verlangen, von der man nicht weiß, ob ein Arbeitsverhältnis zustande kommt.

Wir schlagen vor:

● Vor Antritt des Urlaubs beim Arbeitsamt persönlich einen Antrag (Formblatt) stellen. Eventuell vorliegende Arbeitsplatzangebote sind vor Antritt des Urlaubs wahrzunehmen.

● Die Dauer der Urlaubszeit, für die Arbeitslosengeld ausgezahlt wird, wurde vom Gesetzgeber auf 21 Kalendertage begrenzt.

● Bei Verzicht auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe kann mit

dem Arbeitsamt ein über die 21 Tage hinausgehender Urlaub vereinbart werden. Für diese Zeit gibt es kein Arbeitslosengeld, und es besteht keine Krankenversicherung.

● Fährt ein Bezieher von Arbeitslosengeld in Urlaub ohne beim Arbeitsamt einen Antrag gestellt zu haben, kann das Arbeitsamt den Entzug des Arbeitslosengeldes für die genommene Urlaubszeit und darüber hinaus sperren.

Wichtig! Sobald eine Frau oder ein Mann Arbeitslosengeld bezieht oder beantragt hat, beim Arbeitsamt vor Antritt eines Urlaubs einen Antrag stellen.

Evangelischer Kirchentag

Die Hüttenkirche aus dem Startbahndorf und die Ausstellung „Zerstörung einer Landschaft“

Daß in den öffentlichen Medien das Thema „Arbeit“ und „Arbeitsplätze“ im Vordergrund des Interesses stand, ist berechtigt und notwendig. Denn die Kirche hat dieses Thema bislang kaum ernstgenug genommen. Die Kirche hat bislang zur Arbeitszeitverkürzung und zu den Veränderungen am Arbeitsplatz wenig gesagt, auch nicht zur Rolle der arbeitenden Frau.

Dennoch gibt dieses Bild nur sehr verkürzt wieder, was den Kirchentag in seinem Alltagsgeschäft bestimmte. Unsere Hüttenkirche stand an einem Platz in einer Messehalle, die ständig Hochbetrieb hatte. Eine „Christliche Aktion Mensch-Umwelt“ mit Sitz in Geisenheim hatte den Förderkreis Hüttenkirche gebeten, das Holzgebäude in ihrem Ökodorf aufzustellen. Eine Reihe ökologischer Initiativen verschiedener Kirchengemeinden beanspruchte mit Messeständen, einem Naturgarten, einem Teich, einer Arche einen wesentlichen Teil des sogenannten Marktes der Möglichkeiten, in dem sich kirchliche Initiativen verschiedener Art darstellen konnten. Über weite Strecken war der Boden der Messehalle mit

Grasboden bedeckt, der ständig sorgfältig gepflegt wurde. Unsere Hüttenkirche war gewissermaßen der Mittelpunkt des Ökodorfes, aber nicht nur von seiner Größe her; die Spitze des Kreuzes reichte bis in die Dachkonstruktion der Messehalle. Sie wurde auch zum Treffpunkt vieler Menschen, die im Getriebe des Kirchentages nach Ruhe suchten oder miteinander sprechen wollten. Verschiedene Pfarrer der Region, die auch schon draußen im Startbahndorf sich die Gottesdienste geteilt hatten, hielten zweimal täglich Andachten, die jedes Mal überaus gut besucht wurden.

Es gab freilich auch neben der Kirche erbitterte Debatten mit Polizeibeamten, die die Mitglieder des Förderkreises aufforderten, nicht mehr die Videoaufnahmen von der Räumung des Hüttendorfes zu zeigen, die ausschließlich aus Berichten des Hessischen Fernsehens oder des ZDF bestanden.

Andererseits kamen doch auch sehr viele jüngere und ältere Menschen, die aus unterschiedlichsten Gegenden der Bundesrepublik und des Auslandes stammten und von ihren eigenen Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West berichteten. Zum Teil waren sie selbst hier gewesen oder hatten tagelang die Ereignisse in den Medien verfolgt und mit den Menschen hier gefühlt. Gerade aber bei der Ausstellung „Zerstörung einer Landschaft“, die in einer anderen, ruhigeren Messehalle aufgebaut war, konnten wir feststellen, wie wenig Außenstehenden das Ausmaß der Zer-

störung von Natur und die Brutalität der Mauer bekannt sind. Manfred Michel, der Autor der Ausstellung, hatte mit Absicht den Ort seiner Bilder nur sehr versteckt angebracht, weil er der Auffassung ist, solche Bilder könnten auch von anderen Plätzen stammen.

„Ist das die Berliner Mauer“? – „Was wird denn da gebaut?“ Oder Äußerungen über die teils besonders schönen Naturaufnahmen Michels bestimmten das Bild der Betrachter. Daß die Ausschnitte von Bildern der Mauer nicht fotomontiert waren, daß diese Mauer 8 Kilometer lang ist, konnte sich kaum jemand vorstellen. Manch einer äußerte dann eher Verständnis für die Härte der Auseinandersetzung. Nackter Beton erregt bewußt und unbewußt ja auch andernorts Wut und Zorn. Ein-

Kaffee aus Nicaragua, Tee aus Sri Lanka, Rotwein aus Algerien gibt es immer im Evangelischen Gemeindezentrum Mörfelden.

drücklichstes Erlebnis einer Teilnehmerin aus dem Förderkreis Hüttenkirche war das Gespräch mit einem jungen Polizeibeamten aus Nordrhein-Westfalen, der über ein halbes Jahr hinweg immer wieder zu Einsätzen an der Startbahn geschickt wurde und den die Bilder der immer weiter zerstörten Natur und die Art der Einsatzbefehle bis heute nicht in Ruhe ließen. Über solche Erfahrungen sei bei der Polizei nie gesprochen worden, nur über die Aggressivität der Startbahngegner. Eine Äußerung, die uns zu denken gibt.

Walter Bohris, Pfarrer





**Die „Krone“ damals:
Zu Diensten für Gast und Gaul**

**Mörfeldens Altstadt wurde
um ein Fachwerkgebäude
bereichert**

„Mörfelden bekäme ein ganz neues Gesicht“, verkündete (etwas kühn und überspitzt) der „blickpunkt“ in seiner Ausgabe Nr. 108 vom Dezember 1979.

Mit dem „Gesichtsveränderer“ war das historische Gasthaus „Zur Krone“ in der Langgasse 25 gemeint, dessen Fachwerk zu jener Zeit noch unter (bröckelndem) Putz verborgen lag und dessen Fassaden ohne Zweifel restaurierungsbedürftig waren. Wie dekorativ sich ein solches Make-up machen würde, veranschaulicht damals schon eine

thermographische – das Balkenwerk im Obergeschoß bloßlegende – Aufnahme.

Inzwischen hat sich die „Krone“ in Mörfeldens Altstadt neu herausgeputzt: das gebäudebelebende Fachwerk wurde freigelegt, zwischen den Holzrahmen hebt heller Verputz die Außenwände. Die alte „Krone“ erstrahlt in neuem Glanz.

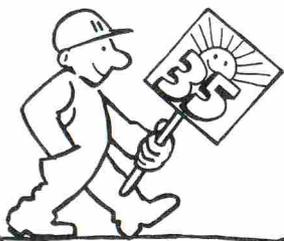
Wenn auch mit dieser Verschönerung Mörfeldens kein „neues Gesicht“ bekommen hat, so ist dennoch die Langgasse als die Seele der Mörfelder Altstadt um ein gefälliges Haus bereichert worden. Und entstanden ist ein fachwerkes Ensemble. Denn in der Nachbarschaft der „Krone“ zeigen außerdem (und seither schon) das Haus Nr. 27 (hier bestand bis zum Jahre 1725 die Backgerechtigkeit. Zudem mußte

der jeweilige Gemeindebäcker das Falschschwein halten) sowie Nr. 19 (das einstige Gasthaus „Zum Schwanen“) ihre schöne Fachwerkseite.

Die Ortschronik beschreibt die „Krone“ als eines der ältesten Gasthäuser des Ortes und vielleicht des ganzen Kreisgebietes. Schließlich läßt sich die Existenz der „Krone“ aktenmäßig bis fast in das Mittelalter zurückverfolgen. Auch die Besitzer sind namentlich lückenlos bis vor den Dreißigjährigen Krieg bekannt. So walteten von 1600 bis 1634 Barthel Schirmer und seine Ehefrau Anna Maria geb. Stein in dem Anwesen Nr. 25, „ein Wohn- und Wirtshaus zur Krone, ein Zwerchbau mit einer Durchfuhr in den Hof“. Diesen Eintrag enthält das älteste Flur- und Gewannbuch der Gemeinde Mörfelden, das nach dem Dreißigjährigen Krieg angelegt wurde. 1744 übernahm ein gebürtiger Worfelder, Johann Philipp Klink, als Bierbrauer und Gasthalter die „Krone“ mit dem Torbau. Verheiratet war er mit der ältesten Tochter des Mörfelder „Löwen“-Wirtes Johann Peter Becker.

Erwähnung verdient eine Zeitungsanzeige vom 6. Januar 1857. Damit empfahl Wirt Johann Heinrich Scherer I. sein Gasthaus zur Krone „aufs Beste“, sicherte gute sowie prompte Bedienung der Gäste zu und machte auf seine Stallung aufmerksam, „wo ich stets für 100 Pferde vorrätig halte“. Als Kost und Logis für Gast und Gaul. Ja, zu dem bis zur Kirchgasse reichenden Gebäudekomplex gehörten auch geräumige Stallungen, hielten hier doch über Jahrzehnte die Salz- und Pulverfahrer und später die Holzfuhrlaute gerne Einkehr.

Die „Krone“ stellt ohne Zweifel eine lange Wegstrecke Mörfelder Geschichte dar, neuerdings in schmuckerem Gewande.



... und natürlich
haben wir aktiv
beim Streik
um die 35-Stunden-Woche
mitgemacht!

Du hast auf Deinem Weg viele Erfahrungen gesammelt –
Erfahrungen, die nützlich sind, für Dich und für uns!
Wir wollen Deine Erfahrungen.
Wir wollen Dich, Deine Hilfe.

Geh' mit uns.
Mach mit in der DKP!

Grüne Schritte in die richtige Richtung

Den Rechten bei uns, die angesichts der Bonner Querelen und der Schwächeanfänge der Wenderegierung an der Weichenstellung für eine große Koalition in Hessen und im Bund basteln, wäre es am liebsten gewesen, wenn die hessischen Grünen jede parlamentarische Zusammenarbeit der Mehrheit links von der CDU im hessischen Landtag verweigert hätten.

Diesen Gefallen hat ihnen die grüne Landesversammlung am 8.6. in Nie-

denden Inhalte dieser Zusammenarbeit spielten kaum eine Rolle. Einzige Ausnahme: Atomindustrie und Strafvollzug. Die Gefahr von rechts, Massenarbeitslosigkeit, Bildungs- und Ausbildungsnotstand, Sozialabbau, Kriegsgefahr, Konzernmacht, Gleichberechtigung der Frauen, Finanznot der Städte und Gemeinden und viele andere Probleme, zu deren Lösung Beiträge der Landtagsmehrheit von SPD und Grünen erwartet werden, kamen so gut wie nicht vor.

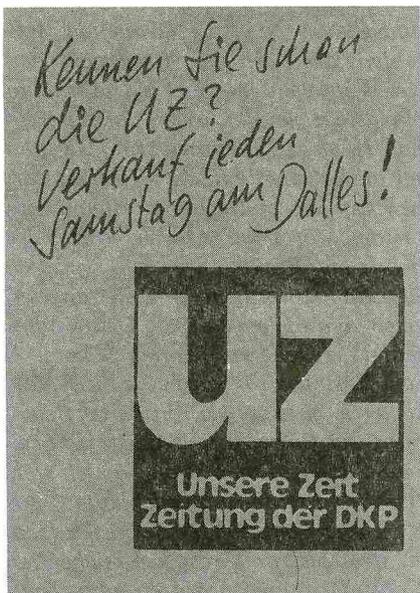
Es ist begrüßenswert, daß wenigstens kurz vor Ende der Koalitionsdebatte die Forderung nach Entmilitarisierung Hessens in den grünen Verhandlungskatalog aufgenommen wurde.

So richtig es war, sich angesichts der Rechtsgefahr für die Zusammenarbeit der Kräfte links von der CDU zu entscheiden, so unübersehbar waren die Illusionen in den Argumenten fast aller Koalitionsbefürworter, was grüne Minister und grüner Sachverständiger bei unveränderter Macht des Großkapitals und unverändertem Charakter des Staates alles ausrichten können. Erst recht zeigten sich die Illusionen darin, daß über der Debatte, was mit Koalition oder Tolerierung, mit und ohne grüne Minister alles zu erreichen ist,

vollkommen in Vergessenheit geriet, daß letzten Endes der außerparlamentarische Kampf darüber entscheidet, was Parlament und Minister, auch grüne, um- und durchsetzen können. Die Gegner der Koalition kritisierten zwar zu Recht diese Illusionen, übersahen aber ihrerseits vollkommen die Gefahren von rechts.

Die sozialen Probleme und Forderungen der Arbeiter und Angestellten vor allem zur Arbeitslosigkeit spielten in der Landesversammlung keine Rolle. Es liegt auf der Hand, daß das nicht gerade ein Beitrag zur Verbesserung des Verhältnisses von Grünen und Gewerkschaften war.

Alles in allem hat die grüne Landesversammlung einen wichtigen Schritt in Richtung der Formierung der Kräfte links von der CDU beschlossen. Sie ist dabei vielen politischen Fragen nicht gerecht geworden. Für die arbeitende Bevölkerung wird dieser Schritt nur dann etwas bewirken, wenn sich diese Formierung nicht nur im Parlament, sondern vor allem im gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf vollzieht. Dabei ist die Arbeiterbewegung die wichtigste Kraft. Ohne sie und erst recht gegen sie ist weder erfolgreicher parlamentarischer noch außerparlamentarischer Kampf möglich. Es wird deshalb für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung sein, wie die Grünen in Hessen diesem Umstand Rechnung tragen werden. Ob die Grünen in Mörfelden-Walldorf etwas aus dieser Diskussion gelernt haben, bleibt abzuwarten.



dernhausen nicht getan. Sie entschied sich mit großer Mehrheit für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der SPD.

Mittlerweile wurde in Wiesbaden der Haushalt '85 in zweiter Lesung mit den Stimmen der Grünen angenommen, eine weitergehende Zusammenarbeit ist vorgesehen.

Daß die Grünen Holger Börners Koalitionsbedingungen in Niedernhausen nicht sang- und klanglos übernehmen würden, war voraussehbar und ist verständlich. Wenn das die vereinigte Kritik von rechts zum Anlaß nimmt, um den Grünen Politikunfähigkeit, Unberechenbarkeit und ähnliches zu bescheinigen, dann weist das außer auf Demagogie lediglich darauf hin, daß an den grünen Beschlüssen etwas Vernünftiges dran sein muß.

Beherrschende Diskussionsthemen der Grünen waren die Zusammenarbeit mit der SPD und ihre Form, die entschei-

„Es gibt nichts Wichtigeres...“

Gerade in diesen Tagen wird viel darüber gesprochen. Man erinnert sich an das Ende des furchtbaren Krieges, an die Befreiung vom Faschismus, an die Jahre des Neubeginns. Viele Bürger unserer Stadt haben in dieser Zeit schreckliches Leid erfahren, die jüngeren kennen den Krieg, und darüber sollten wir froh sein, nur noch vom Hörensagen.

Im „blickpunkt“-Buch „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!“ ist der 25. März 1945 beschrieben, der Tag, an dem die Amerikaner einmarschierten. Man kann in den Schilderungen von Augenzeugen die Bombennächte erfahren, erlebt die Zeit, kann lernen und notwendige Schlüsse ziehen.

Wer die „blickpunkt“-Startbahn-Bücher besitzt, sollte sich auch diese Dokumente der Zeitgeschichte im „blickpunkt-Friedensbuch“ sichern.

Skandal

Seit Jahren weisen Schilder im Wald, südlich des Frankfurter Flughafens, daraufhin, daß da Gebiet noch durch alte Restbestände Munition verseucht ist.

Man machte es sich leicht, stellte Schilder in den Wald, anstatt die Granaten zu beseitigen, obwohl es heute schließlich Geräte gibt, die Munitionsrückstände im Boden aufspüren, damit sie beseitigt werden können.

Seit August 1984 weiß man auch im Hause des Regierungspräsidenten in Darmstadt, daß auf diesem Gelände nicht nur Sprengstoffgranaten, sondern sogar Gasgranaten aus dem ersten Weltkrieg lagern. Es handelt sich um einen Chlor-Arsen-Kampfstoff mit der Bezeichnung „CLARK“, der in Flaschen aufbewahrt wurde, von denen einige bereits zerbrochen sind. Dieser arsenhaltige Nasen- und Rachenreizstoff wurde im ersten Weltkrieg eingesetzt, und war unter dem Namen „Blaukreuz“ bekannt.

Durch die Beschädigung der Flaschen war der Boden bereits bis zu einer Tiefe von 1,5 Meter durch Arsen verunreinigt.

Wie groß die Gefahr für die Bevölkerung ist, geht aus einem Brief des Landrates an den Regierungspräsidenten hervor. Darin heißt es unter anderem:

„Die Munition hat in der Regel einen Sprengstoff- bzw. Kampfstoffinhalt von 3 – 4 Kilo, der Gefahrenradius bei einer Explosion beträgt 500 Meter und reicht somit über die Okrifteleer Straße hinweg.

Die meisten an der Fundstelle lagernden Kampfstoffe haben einen Siedepunkt von 8° Celsius und gehen dann in einen gasförmigen Zustand über. Die Räumungsarbeiten können also nur bei Temperaturen von um + 4° durchgeführt werden.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung hat darin zu bestehen, daß in einem zu errichtenden Depot, außerhalb des 2 Kilometerradius (etwa im Nordteil des Stadtteils Walldorf) Gegengifte gelagert werden, damit sie ohne große zeitliche Verzögerung an betroffene Personen verabreicht werden können.

Die um den Gundhof in Walldorf wohnenden Personen müssen ebenfalls wissen, zu welchem Arzt sie sich

Leserbrief

Fünf Tage Frankfurt

Nein, nicht! An der Oder, meine ich. Fünf Tage sind nicht zwanzig Jahre. Aber mancher mußte fünfzig werden, um mit Hilfe von Tränengas unfreiwillig sehen zu lernen. Innerhalb von Stunden!

Eine DDR-Rentnerin meinte in einem Interview:

„Ich war auch in Dortmund an der Ruhr, dort hat es mir gut gefallen, aber ich will da wohnen, wo ich geboren bin und wo meine Kinder sind. Und ich hab's ja hier im Osten schön. Unsere Regierung ist ja einmalig! Die sorgt, daß alles immer besser wird. Und die Städte bauen sie so schön auf. Wenn Sie in Potsdam vom Platz der Nationen runter zum Brandenburger Tor kommen, ist das nicht herrlich? Aber an den hinteren Straßen muß noch viel gemacht werden. Die gefallen mir nicht. Aber sie können ja nicht alles auf einmal schaffen. Wir können Gott danken, daß wir unsere Regierung haben.“

Dieses Interview stammt nicht aus der Propaganda. Ich konnte mich davon überzeugen, daß sie recht hat, Gott allein und die Regierung machen das nicht. Dazu gehören natürlich noch ein paar mehr. Die erste Aufführung in der neubauten Semper-Oper in Dresden war für die Bauarbeiter. Kostenlos, Ehrensache. Wir haben das aus einer Ruine neu aufgebaute Schauspielhaus besichtigt. In Berlin. Mir fehlen die Worte. Der teuerste Platz, wie bei uns der billigste. Großzügige Garderobenräume, Kantine mit Billiardzimmer... der Mensch im Mittelpunkt, Hört sich an, wie eine Phrase.

Alte Häuserzeilen in Frankfurt an der Oder, Fassaden restauriert, ganze Straßenzüge, Innen modernisiert und vergrößert. Hat sicher lange genug gedauert, an manchen blättert die Farbe. Die Chemieherrn haben '45 die Lizenzen mitgenommen, und Öl ist teuer. Idyllische Vorgärten mit den aktuellsten Gräsern aus Timbuktu habe ich selten gesehen, dafür aber junge und alte Menschen, die samstags einen Straßenrand bepflanzten. Gemeinsam, ohne Entgelt. Sie waren mit Eifer bei der Sache. Ich habe ein Theaterstück gesehen, das sich mit Karrierismus und Korruption auseinandersetzte. Ein sowjetisches. Ein vielleicht vierzehnjähriger Junge in der Reihe hinter uns: „Ein brisantes Stück“. Ich hatte überhaupt den Eindruck,

daß die Menschen, mit denen ich sprach, selbstbewußter geworden sind, als noch vor wenigen Jahren. Sie waren verwundert, als ich es ihnen sagte. Aber das Selbstbewußtsein hat Gründe: fünf Prozent reales Wachstum bei gleichem Energie- und Rohstoffverbrauch. Sparsamkeit gibt's dort ja nicht erst, seit bei uns die Glascontainer Mode geworden sind. Früher haben manche Leute bei uns über die arme DDR gelächelt, weil es „auf Bananenschalen Pfand gibt“. Die Bananen, die es in der DDR selten gibt, werden halt nicht von verelendeten Landarbeitern amerikanischer Companies geschleppt. Das hebt den Preis. Noch gibt es Schwierigkeiten mit der Versorgung. Da fehlen oft Kleinigkeiten. Manche spielen auch Eichhörchen. Decken sich gleich mehrfach ein. Die Nachkommenden gucken in die Röhre. Aber auch das wollen sie in den Griff kriegen: vor eineinhalb Jahren haben sie den Beschluß gefaßt, daß jeder Betrieb, was auch immer er produziert, fünf Prozent Konsumgüter herstellen muß. Da fummeln sie im Moment dran. Sie werden uns nicht überholen. Ich fürchte, auf Weichspüler aus goldenen Kloschüsseln werden die DDR'ler vergebens hoffen. Aber die Grundnahrungsmittel für den täglichen Bedarf gibt's, die kosten noch immer soviel, wie in den fünfziger Jahren. Als Mangel herrschte, und Arbeit hat auch jeder. Haftentlassene müssen z.B. von Theatern als Bühnenarbeiter eingestellt werden. Der Mensch im Mittelpunkt. Jeder hat Arbeit!

Am verheerendsten auf das Bewußtsein mancher DDR-Bürger wirkt sich nicht die Hetze von Löwenthal aus, sondern eher die nicht kontrollierbare Werbung. Manche Rentnerinnen kommen mit genauen Markennennissen zu ihren Westverwandten und erwarten von ihnen, daß sie ihnen nicht die preiswerteste Bluse heraussuchen, wie es der BRD-Bürger im Durchschnitt gewohnt ist, nein, sie steuern zielstrebig im Warenhaus eine bestimmte Marke an.

Die USA wollen den Sozialismus totrüsten. Sie werden's nicht schaffen. Aber in der DDR wird das die Verbesserung des Lebens erschweren, bei uns führt Rüstung zu Massenelend wie in den USA.

Wer für Abrüstung eintritt, der hilft auch den „armen“ DDR-Bürgern!

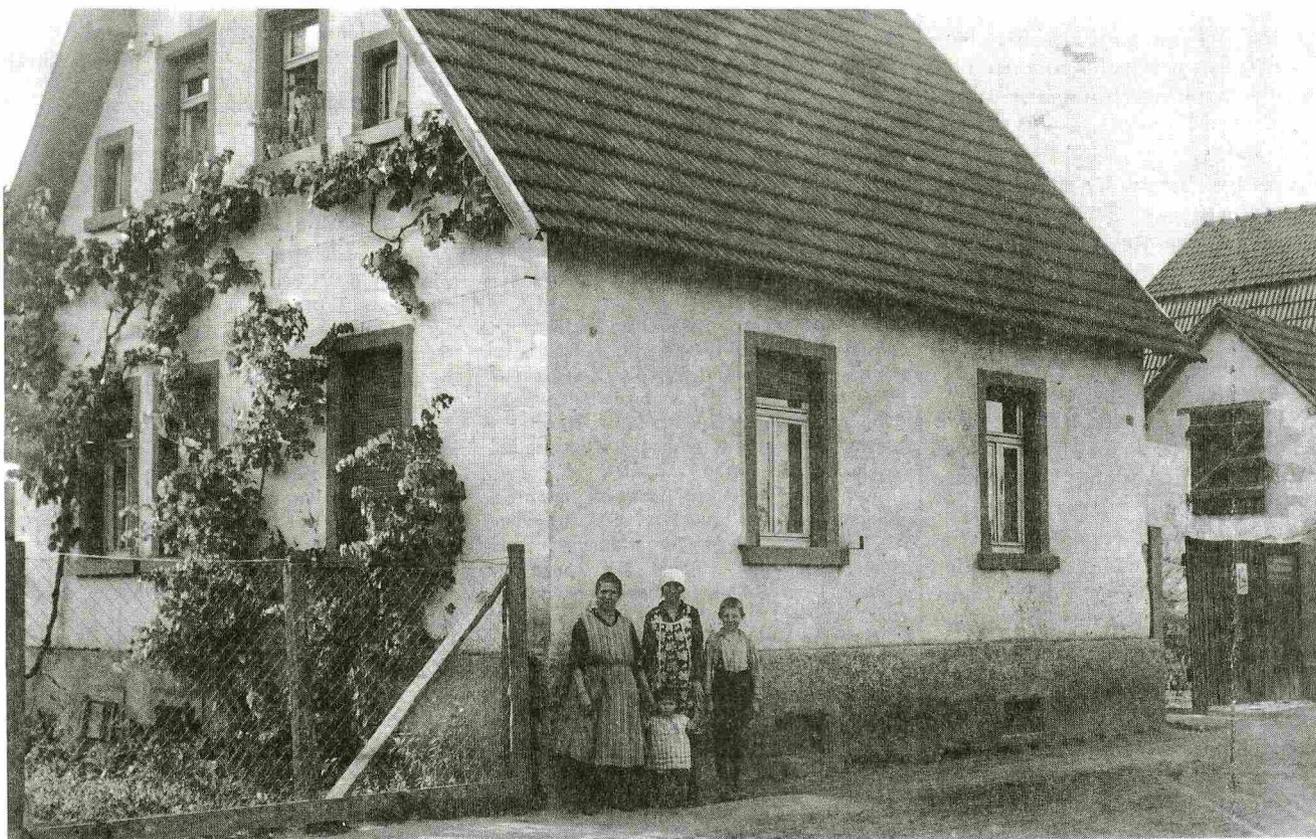
Erich Schaffner
Hochstraße

begeben müssen, wenn sich Vergiftungserscheinungen zeigen sollten.

Da der Gefahrenbereich bei einem Unfall nur mit Vollschutz betreten werden kann, ist sicherzustellen, daß im nördlichen Teil des Stadtteils Walldorf ein Hilfstrupp zur Rettung von verletzten Personen, mit entsprechender Ausrüstung (einschließlich Spezialfahrzeugen) bereit steht.“

Obwohl dieser gefährliche Fund seit 10 Monaten (oder auch schon länger) bekannt ist, hat sich in der Zwischenzeit noch nichts getan. Dies halten wir schlichtweg für einen Skandal. Die Bevölkerung ist äußerst beunruhigt und erwartet restlose Aufklärung und schnellstens ein Beseitigungskonzept des Regierungspräsidenten mit einem Zeitplan.

Heinz Hechler



Mörfelden gestern

Das Haus vom „Milchpeter“ (Peter Gernandt) Ecke Heinrich-/Hochstraße. Man sieht auf dem Bild, daß die Heinrichstraße damals noch Sackgasse und von der Hochstraße durch einen Garten getrennt war.

Heute empfiehlt man, die Häuser mit wildem Wein zu begrünen. Damals prangten, wie auf diesem Bild zu sehen, an vielen Häusern echte Weinreben, die nicht nur die Giebel zierten, sondern auch noch im September wohlschmeckende Trauben spendeten.